

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	116
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	30.06.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	OB Dr. Nopper		
Berichterstattung:	der Vorsitzende, Frau Aufrecht (L/OB-RZ), Herr Prof. Dr. Ressel (Universität Stuttgart)		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / as		
Betreff:	Stuttgart - Stadt der Wissenschaft Analyse und Beteiligungsprozess - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform beigelegt.

OB Dr. Nopper begrüßt zunächst Herrn Prof. Dr. Ressel, Rektor der Universität Stuttgart und Frau Tondera von der Geschäftsleitung der Fachhochschule für Ökonomie und Management sowie Herrn Abe, Geschäftsführer des Studierendenwerks Stuttgart.

Im folgenden Bericht, so legt er dar, wolle man die Ergebnisse aus der Analyse sowie aus dem Strategie- und Beteiligungsprozess zur Belebung des Wissenschaftsstandortes Stuttgart vorstellen. Stuttgart verfüge als einzige Stadt in Baden-Württemberg über zwei Universitäten, darüber hinaus über fünf öffentliche Hochschulen sowie eine Vielzahl privater Hochschulen und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen. Wissenschaft und Forschung seien eine wichtige Basis für die Wirtschaft, um den technologischen Fortschritt zu schaffen. Ziel des Strategie- und Beteiligungsprozesses, der aus einer Standortanalyse, aus zwei Diskussionsveranstaltungen sowie aus Befragungen und Interviews bestehe, sei es, den starken Wissenschaftsstandort Stuttgart weiter zu stärken und noch bekannter und sichtbarer zu machen.

Als die wichtigsten Erkenntnisse identifiziert er die folgenden:

1. Stuttgart ist eine Studierendenhochburg.
2. Stuttgart ist ein starker Forschungsstandort.

3. Die wissenschaftlichen Einrichtungen sind ein wichtiger Arbeitgeber in Stuttgart.
4. Stuttgart ist besonders führend im Bauwesen, der Luft- und Raumfahrt und der Agrarwissenschaft.
5. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind im Stadtbild zu wenig sichtbar.

Detaillierter informiert er zu all diesen Punkten anhand der Präsentation. Ergänzend führt er aus, das Wissenschaftsfestival solle weiterentwickelt und die Sichtbarkeit der Wissenschaftsstadt Stuttgart verbessert werden. Außerdem müsse sich die Stadt um die Themen Studierendenwohnen und Gründerszene noch intensiver kümmern sowie neue Studierende und neue hochqualifizierte Unternehmen für den Standort Stuttgart begeistern. Das Thema Wissenschaft müsse auch bei der Entwicklung des Rosensteinquartiers mitgedacht werden.

Anschließend erläutert Frau Aufrecht anhand der Präsentation das Vorgehen und warum das Thema für die Stadt so wichtig sei. Damit solle die Grundlage für die anstehenden gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und Herausforderungen - Energieforschung, nachhaltiges Bauen etc. - geschaffen werden. Sie bietet den Mitgliedern des Ausschusses an, ihnen bei Bedarf an weiteren Details der sehr umfangreichen Studie diese zuzusenden.

Die Vertreter*innen der Fraktionen danken für die detaillierten Ausführungen.

StR Winter (90/GRÜNE) betont die Bedeutung des Wissenschaftsfestivals für die Stadt. Er begrüßt insbesondere auch, dass der Bezug der Wissenschaft zum Alltag hergestellt werde. Dies werde immer wichtiger, gerade auch in Zeiten von Fake News und Leugnern wissenschaftlicher Fakten. Stuttgart habe mit den Universitäten und vielen Hochschulen große Potenziale. Die Befragung habe ergeben, dass die Erwartungshaltung sowohl bei Wissenschaft und Wirtschaft sehr groß sei. Gerade in einer Zeit, in der die Wirtschaft vor großen Transformationsprozessen stehe, könne die Wissenschaft helfen, die Prozesse zu begleiten und deren Notwendigkeit aufzuzeigen. Seine Fraktion finde den eingeschlagenen Weg gut.

Die Freude ihrer Fraktion, dass OB Dr. Nopper sich das Thema auf die Fahnen geschrieben habe, bekundet StRin Porsch (CDU). Die mangelnde Sichtbarkeit, die auch daran liege, dass die Hochschulen sich nicht in der Innenstadt befänden, müsse verbessert werden. Technik, Innovation, Forschung und Entwicklung seien die Themen der Zukunft, die man für die Verzahnung mit der Wirtschaft brauche. Wissenschaft und Wirtschaft könnten voneinander profitieren. Wichtig sei auch die Verzahnung in die Start-up-Szene, um die in Stuttgart ausgebildeten Fachkräfte hier zu halten und die Innovation voranzutreiben. 50 % der Studierenden studierten in MINT-Fächern, und mit Fächern wie Luft- und Raumfahrttechnik, Agrarwissenschaften und Architektur hebe sich Stuttgart von anderen Standorten ab. Hier sollte die Stadt die entsprechende Strahlkraft generieren und sich nicht unter Wert verkaufen.

Für StR Dr. Jantzer (SPD) hat sich die Stadt durch den starken Anstieg der Studierendenzahlen massiv verändert. Im Stadtbild sehe man nun viel mehr junge Menschen. Die Vernetzung von Ausbildung und großen Unternehmen sei ein Glücksfall und stärke die Metropolregion. Zentrales Problem sei hier das Wohnen. Wichtig seien auch die dualen Studiengänge und die Reallabore, in denen reale Probleme mit den Menschen vor Ort bearbeitet würden. Er spricht sich klar gegen Studiengebühren für internationale Studierende aus. Die Auswirkungen seien dargestellt worden. Stuttgart schwäche sich damit

strategisch, wenn man sehe, dass im Silicon Valley 50 % der Startups von internationalen Studierenden gegründet und aufgebaut würden. Die Stadt müsse darauf dringen, dass diese Studiengebühren wieder abgeschafft würden. Er erinnert an die Besuche bei den Firmen Sika und Bauder. Dort sei deutlich geworden, dass nachhaltiges Wirtschaften - u. a. Lacke, Bodenbeläge, Dämmmaterial - sehr große Bedeutung habe und deshalb auch entsprechende Arbeitsplätze angeboten werden müssten. Die Diskussion drehe sich häufig um Antrieb, doch gehe es auch um die Materialien und Herstellungsprozesse. Hier sollte ein größerer Schwerpunkt gesetzt werden. Der Gemeinderat wolle die Klimaneutralität bei Energie, insbesondere Energieerzeugung, vorantreiben. Er würde sich wünschen, dass Stuttgart in diesem Bereich noch stärker sichtbar werde. Auch die Ernährung werde eine deutliche Umstellung erfahren. Ernährung und nachhaltiges Wirtschaften müssten zu Schwerpunktthemen werden.

Bezüglich der Studiengebühren für ausländische Studierende schließt sich StRin Tiarks (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) ihrem Vorredner an. Sie freue sich, dass die Landesregierung diese nun wieder abschaffen wolle, um den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Stuttgart weiter voranzubringen. Die Wissenschaft müsse sichtbarer werden, sie dürfe aber nicht immer nur unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit betrachtet werden. Wissenschaft müsse unabhängig sein, dies komme der Kreativität zugute. Die Attraktivität Stuttgarts als Wissenschaftsstandort würde auch gesteigert, wenn Wissenschaftler*innen sichere Verträge statt der Kettenbefristungen erhielten. Drei Viertel der Studierenden empfänden das Wohnangebot als schlecht. Damit befinde sich die Stadt in der starken Verpflichtung, etwas für die Studierenden zu tun. Kostenlosen ÖPNV würde sie für alle Studierenden in Baden-Württemberg begrüßen.

Wichtig sei, so StR Puttenat (PULS), auf eine gewisse Niederschwelligkeit zu achten. Reallabore machten Wissenschaft erlebbar, spürbar und ermöglichten eine Mitarbeit. Man müsse viele Menschen erreichen und nicht nur den hohen akademischen Anteil der Stadtbevölkerung. Die Mitglieder des Vereins Stadtlücken e. V. kämen aus dem akademischen Umfeld, insbesondere der Sozialwissenschaft, und beschäftigten sich aber - z. B. in Reallaboren - vorrangig mit der Frage "Wie wollen wir leben, wem gehört die Stadt?" Er begrüßt die Nutzung der lokalen Potenziale, etwa in der Vernetzung der Wissenschaftler*innen untereinander. Sehr spannend sei die agrarwissenschaftliche Fakultät an der Universität Hohenheim, die vor allem auf dem Gebiet der pflanzenbasierten Ernährung forsche. Auch das Stadtpalais sollte für Aktionen der erlebbaren Wissenschaft genutzt werden. Bei der Verzahnung mit der Wirtschaft gehe es auch um eine Haltung. Er wünsche den Firmen Daimler und Porsche weiterhin Erfolg, jedoch nicht mit den alten Rezepten, sondern in der Transformation. Im Hinblick auf die 74 % der Einwohnerschaft, die Stuttgart als nicht attraktiv zum Wohnen betrachteten, sei zu klären, ob es nur um die Wohnungsangebote oder auch das Lebensumfeld gehe. Mit der Marker City im Rosensteinviertel werde man einen attraktiven neuen Stadtbaustein schaffen.

In der Einschätzung von StR Neumann (FDP) war der Beteiligungsprozess methodisch hervorragend. Das Ergebnis könne sich sehen lassen. Mit dem Prozess habe man "politische Silowände" aufgebrochen, sei doch das Thema Wissenschaft - zumindest in den Köpfen von Kommunalpolitikern - eher auf Landes- und Bundesebene verortet. Auf kommunaler Ebene werde das Thema nur dann behandelt, wenn es operative Probleme gebe, z. B. beim Wohnen oder der Ausländerbehörde. Mit Blick auf den Rückgang der ausländischen Studierenden seit 2016 hätte er gerne analysiert, welchen Anteil hieran der Flaschenhals in der Stuttgarter Ausländerbehörde habe. Seiner Ansicht nach

seien am Rückgang nicht nur die Studiengebühren schuld. Grundsätzlich sollte untersucht werden, welchen Einfluss die kommunalen operativen Prozesse auf den Wissenschaftsstandort Stuttgart hätten. Zu dessen Sichtbarkeit regt er an, dem Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen ein weiteres W - für Wissenschaft - hinzuzufügen.

StR Zaiß (FW) erinnert daran, dass die Stadt im Jahre 2000 verschuldet gewesen sei. In dem Maße, in dem die Stadt ihre Schulden seither habe abbauen können, sei die Zahl der Studierenden gestiegen. Wenn die Wirtschaft floriere - und etwas Besseres könne der Stadt nicht passieren -, kämen mehr Studierende nach Stuttgart. Dabei müsse die Sichtbarkeit der Studierenden erhöht werden. Problematisch sei für sie die Wohnungssuche. Die Stadt könne nicht entsprechend schnell bauen, da ihr die Flächen fehlten. Die hier Studierenden wollten wenigstens zum Teil nach ihrem Abschluss in Stuttgart bleiben, was die Stadt im Hinblick auf ihre Wirtschaftskraft auch weiterhin unterstützen sollte.

Das Wissenschaftsimage ist auch für StR Köhler (AfD) ein wichtiges Thema, hinter dem auch seine Fraktion stehe. Als letztes Ziel benennt er, den Fachkräftemangel in Stuttgart zu bekämpfen. Dies erreiche man seiner Ansicht nach nicht, indem man politisch vorgegebene Nachhaltigkeitstechnologien der Zukunft entwickle, da diese sich möglicherweise änderten. Die Stadt profitiere beim Zugang zu Technologien und der Fachkräfteakquise. Er begrüße ebenfalls höhere Studierendenzahlen, ohne dabei die Inflation von Bildung außer Acht zu lassen. Als sehr gut beurteilt er die hohe Zahl der in MINT-Fächern Studierenden. Hier hätte er gerne eine Einschätzung zur Entwicklung dieser Zahlen. Er geht davon aus, dass die Studiengebühren zu einem Rückgang der ausländischen Studierenden geführt haben. Der Gedanke dahinter sei gewesen, dass man, salopp gesagt, keine chinesischen Studierenden habe ausbilden wollen. Hier gehe es auch darum, wie andere Nationen von den hiesigen Ressourcen profitierten. Auf jeden Fall weise es in die richtige Richtung, das Image der Stadt zu schärfen.

Als Glücksfall für die Stadt bezeichnet StR Lutz (SPD) den Wissenschaftsstandort, und dies umso mehr angesichts eines grundlegenden Transformationsprozesses. Die großen Firmen könnten diesen meistern, sehr problematisch werde es aber für kleine und mittlere Unternehmen im Verarbeitungsgewerbe. Untersuchungen der IG Metall zufolge hätten dort 75 % der Unternehmen eine sehr gute Applikationsweiterentwicklung, könnten aber den erforderlichen Produktsprung nicht machen. Ihm stelle sich deshalb die Frage, wie der Durchdringungsgrad in die Wirtschaft aussehe. Teilweise müssten sich die Unternehmen neu erfinden. Mit Blick auf die Ausbildung gehe er davon aus, dass es sich bei den 4 % Auszubildenden um die für den laufenden Betrieb notwendige Menge handle. Er könne sich aber vorstellen, dass die Universität auch darüber hinaus ausbilde, da angesichts der großen Transformationsprozesse viele Betriebe evtl. mehr Facharbeiter benötigten.

Herr Prof. Dr. Ressel erklärt, er begrüße den Prozess, den die Stadt nun begonnen habe, außerordentlich. Er bedankt sich bei OB Dr. Nopper für dessen Interesse, das Thema Wissenschaft, das in der Stadt eine enorme Rolle spiele, zu analysieren und die Annäherung der Stadtgesellschaft und -politik an die Wissenschaft zu forcieren. Diesen Riesenschritt unterstütze er nach Möglichkeit und dafür gebühre der Stadt ein dickes Lob.

Im Hinblick auf ausländische Studierende merkt er an, die Studiengebühren an der zuvor erwähnten Universität Stanford begännen bei 50.000 Dollar/ Jahr. Und dort studier-

ten die Besten der Welt. Auf Messen in Asien, Südamerika und der ganzen Welt bekämen die Vertreter der Universität trete die Ansicht zutage, wenn ein Studiengang nichts koste, sei er auch nichts wert. Er sei nur aus einem Grund für die Abschaffung der Gebühren: Baden-Württemberg habe als einziges Bundesland mit Gebühren dadurch einen Standortnachteil gegenüber den anderen Bundesländern. Allerdings ermögliche ein neues Landeshochschulgesetz in Bayern künftig ebenfalls Studiengebühren. Und die TU München wolle sich an Stanford orientieren. Prinzipiell spreche seiner Ansicht nach nichts gegen Studiengebühren.

Ein großes Problem stelle für internationale Studierende die Stuttgarter Ausländerbehörde dar. Dort lägen 9.000 unbearbeitete Anträge von Studierenden, die teilweise bereits ein Visum hätten und dann dennoch nicht kommen könnten, z. B. Studierende, die ein Stipendium von der Universität erhalten hätten oder deren Aufenthalt nicht verlängert worden sei. Hier sei eine Lösung dringend gefordert, die seines Erachtens nur dezentral erfolgen könne.

Aus den präsentierten Zahlen sei nicht zu erkennen, dass der explosionsartige Anstieg der Studierendenzahlen 2015/2016 auf den doppelten Abiturjahrgang zurückgehe. Danach seien die Zahlen wieder gesunken. Die aktuellen Zahlen suggerierten, dass man nun auf dem vorherigen Niveau sei. Das sei nicht korrekt, man habe in Deutschland im Gegenteil einen dramatischen Einbruch zu verzeichnen, insbesondere bei den MINT-Fächern, allen voran den Technikwissenschaften. Deutschlandweit am härtesten sei Baden-Württemberg betroffen. Der für den hiesigen Standort so wichtige Studiengang Maschinenbau weise eine rechnerische Kapazität von 350 Studienanfängerplätzen auf. In diesem Jahr hätten hier 120 Personen ihr Studium begonnen, aktuell seien es noch 100. Ebenso verhalte es sich in ähnlichen Studiengängen. Diese Entwicklung werde sich fortsetzen. Im Wissenschaftsministerium solle nun ein Arbeitskreis die Ursachen hierfür untersuchen. So hätten junge Menschen heute eine vollkommen andere Work-Life-Balance als noch vor fünf Jahren. Angesichts dieser Zahlen werde in drei bis vier Jahren niemand mehr auf den Arbeitsmarkt kommen, der die Firmen noch bedienen könne. Als wirksame Maßnahmen um gegenzusteuern sehe er, Frauen in MINT-Berufe zu bekommen und ausländische Studierende in die deutschen Universitäten zu bringen. Letzteres gelinge der TU München, die momentan einen Ausländeranteil von 40 % habe. Stuttgart gehöre mit knapp über 20 % bereits zu den Führenden, müsse dies aber noch deutlich steigern. Das bedeute, dass die entsprechenden Genehmigungen schnell ausgeteilt würden, zudem brauche man günstigen Wohnraum. Er informiere, alljährlich schliefen in der ersten Woche des Wintersemesters 3.000 Studierende in Schlafsäcken in Stuttgarter Kirchen. Das sei in der Stadt nicht bekannt.

Die Verträge für das wissenschaftliche Personal könne die Stadt nicht steuern. Dafür seien Land und Bund zuständig.

Der Transformationsprozess sei gewaltig, insbesondere in der Automobilbranche, die in Stuttgart sehr stark vertreten sei. Hier müsse die Universität ihre Studiengänge anpassen - modernisieren, digitalisieren, breiter aufstellen, verschlanken. Ein Problem sehe er hier nicht bei den großen Unternehmen, sondern den kleinen und mittleren (KMU), die über 80 % der Leistung in der Region Stuttgart generierten. Bei den KMU mache der Geschäftsführer alles in Personalunion: Personal- und Finanzmanagement sowie Einkauf. Er könne nicht zusätzlich noch Personal akquirieren und eine strategische Partnerschaft mit einer Universität oder Hochschule eingehen. Das bedeute, dass die Absolventen, deren Anzahl stetig sinke, in die großen Unternehmen gingen. Die präsen-

tierten Zahlen endeten 2021/2022, doch das wahre Problem komme erst noch, warnt er, und dafür wolle er den Ausschuss sensibilisieren.

OB Dr. Nopper bedankt sich abschließend für "die klaren und leider zu Recht auch dramatischen Worte" des Rektors der Universität Stuttgart. Die Stadt stehe vor gewaltigen Herausforderungen und Hausaufgaben für den Wissenschaftsstandort Stuttgart, gerade auch in den MINT-Fächern. Sie sollte im Rahmen ihrer kommunalen Möglichkeiten gemeinsam mit dem Land alles tun, um den Wissenschaftsstandort Stuttgart zu stärken.

BM Fuhrmann stellt fest:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Sabbagh / as

Verteiler:

- I. L/OB
zur Weiterbehandlung
L/OB-RZ

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB/82
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
SM
 4. Amt für Revision
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand